SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Nicht gehorchen, nicht anerkennen, nicht zusammenarbeiten - "Passiver Widerstand" in Finnland Anfang des 20.Jh.

Arajärvi, Outi

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Arajärvi, O. (2022). *Nicht gehorchen, nicht anerkennen, nicht zusammenarbeiten - "Passiver Widerstand" in Finnland Anfang des 20.Jh.* (Hintergrund- und Diskussionspapier, 78). Minden: Bund für Soziale Verteidigung e.V.. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-78145-6

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 78 März 2022 ISSN 1439-2011

Nicht gehorchen, nicht anerkennen, nicht zusammenarbeiten -

„Passiver Widerstand“ in Finnland Anfang des 20. Jh.

Outi Arajärvi

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN
https://soziale-verteidigung.de/spenden

Unsere Projektseiten:
www.love-storm.de
www.share-peace.de
www.friedensbildung-nrw.de

BSV ist u.a. Mitglied dieser Organisationen:
War Resisters' International
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
Nonviolent Peaceforce Alliance
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Outi Arajärvi hat als wissenschaftliche Projektmitarbeiterin im Institut für angewandte Kulturforschung in Göttingen gearbeitet, ist außerdem Coach und Trainerin für Projektmanagement und Interkulturelle Kommunikation. Ihre Schwerpunkte sind die europäischen und internationalen Kooperationen und gewaltfreie Interventionen in Internationalen Krisengebieten. Sie ist Co-Vorsitzende des Bund für Soziale Verteidigung.

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Outi Arajärvi
Nicht gehorchen, nicht anerkennen, nicht zusammenarbeiten. „Passiver Widerstand“ in Finnland Anfang des 20.Jh.

Foto: Demonstration vor dem Rathaus in Jakobstad im Herbst 1905.
Gemeinfrei, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1558877

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr.78

Hrsg: Bund für Soziale Verteidigung e.V.
März 2022
ISSN 1439-2011
1,00 Euro

Zusammenfassung

Die sog. „Unterdrückungsjahre“ 1899-1905 führten in Finnland, zu der Zeit eine autonome Region Russlands, zu verschiedenen Formen eines „passiven“ Widerstands. Der Widerstand war gewaltfrei und seine Grundsätze waren: „nicht gehorchen, nicht anerkennen, nicht zusammenarbeiten“. Aus Protest gegen die Russifizierungspolitik des Zaren Nikolaus II. führten viele Beamte die Befehle des russischen Generalgouverneurs nicht aus. Junge Männer boykottierten die Musterungen, russische Post wurde nicht zugestellt und die Polizei duldete Demonstrationen gegen die neuen Gesetze des Zaren. Frauen trugen schwarz, die Schüler*innen blau-weiß. Es schien, dass alle gegen die russischen Machthaber waren. Der passive Widerstand trug seinen Teil dazu bei, dass in den Jahren 1905-1907 nach einer umfassenden Wahlrechtsreform, alle Bürgerinnen und Bürger Finnlands wählen durften und alle Russifizierungsmaßnahmen zurückgenommen wurden.

Reetta Hänninen hat in ihrer Masterarbeiti diese Zeit untersucht. Diese Zusammenfassung ihrer Arbeit will die Art und Weise dieser gewaltfreien Widerstandsformen beschreiben und ihre Erfolge und Niederlagen schildern.[ii] In ihrer Begründung und ihren Aktionsformen ähnelt das, was in Finnland damals als „passiver Widerstand“ bezeichnet wurde, sehr der Sozialen Verteidigung.

Inhalt

Zusammenfassung 3
Inhalt 3
Einleitung 4
Der Hintergrund 4
Der gewaltfreie Widerstand 4
Der Generalstreik 7
Unabhängigkeit und Bürgerkrieg 8
Eine der ersten Abgeordneten Ida Aalle-Teljo 9

Einleitung

Boykott russischer Amtsträger[iii], Frauen tragen schwarze Kleidung, Schüler*innen blau-weiße Sticker (finnische Farben), russische Post wird nicht zugestellt, illegale finnische Briefmarken werden weiter benutzt, ein Süßwarenfabrikant druckt Karamellpapier mit illegalen – finnischen - Briefmarkenmotiv und sogar ein Fluss wird aufgestaut, so dass der russische Mühlenbetreiber diese nicht benutzen kann.

All das passierte in den Jahren 1899-1905 in Finnland. In der Zarenzeit war Finnland eine autonome Region in Russland. In diesem Papier geht es um die sog. passiven Widerstandsformen gegen die Russifizierungspolitik des Zaren Nikolai II, annonciert in dem „Februar-Manifest".

Der Hintergrund

Nach dem verlorenen Krieg 1809 gegen Russland musste Schweden seine östliche Provinz, das Großherzogtum Finnland, an Russland abtreten. Zar Alexander I. war ein liberaler Herrscher und gewährte Finnland eine Autonomie mit einem Ständeparlament und vielen verfassungsmäßigen Rechten, wie die Beibehaltung der Landessprachen Finnisch und Schwedisch als Amtssprachen, die Beibehaltung der Evangelisch-Lutherischen Religion, eine eigene Währung und Budget-, Zoll- und Posthoheiten. Finnland musste auch keine Truppen rekrutieren, wie noch unter Schweden. Insgesamt war die Zeit 1809 – 1917 unter russischer Herrschaft für die Entwicklung Finnlands günstig, Wirtschaft und Kultur florierten und die Bevölkerung war weitgehend zufrieden und zarentreu.

Aber spätere Zaren waren nicht mehr so wohlwollend in Bezug auf die finnische Autonomie. Vor allem Nikolaus II (1868-1918) wollte sein Land modernisieren und die Verwaltung vereinheitlichen, da passten Sonderrechte am nordwestlichen Rand des Riesenreiches nicht ins Bild. Auch die wachsende nationale Bewegung, die Finnland als eigenes Volk und Staat sehen wollte, konnte Russland nicht tolerieren. Nikolaus II. schickte einen neuen Generalgouverneur nach Finnland, den strengen und konservativen General Bobrikow, der, kaum angekommen, eine Rede hielt, in der er Finnland keine Sonderrolle zugestand. Alle verstanden, dass es seine Aufgabe sei, diese Sonderrolle zu zerstören und Finnland zu russifizieren. Es war der Anfang der sog. „Unterdrückungsjahre" 1899-1905.

Der gewaltfreie Widerstand

Reetta Hänninen hat in ihrer Masterarbeit diese Zeit untersucht. Sie konzentriert sich dabei auf den „passiven Widerstand" der Bevölkerung. Ihre Studie basiert auf Akten der Ordnungspolizei der russischen Verwaltung, wo diese „illegalen" Widerstandsformen gesammelt wurden. Diese Zusammenfassung ihrer Arbeit will die Art und Weise dieser gewaltfreien Widerstandsformen beschreiben und ihre Erfolge und Niederlagen schildern.[iv] In ihrer Begründung und ihren Aktionsformen ähnelt das, was in Finnland damals als „passiver Widerstand" bezeichnet wurde, sehr der Sozialen Verteidigung.

Viele Menschen, vor allem die akademische Welt und die städtische Bevölkerung in Finnland, waren entsetzt über die Maßnahmen, die Russland einleitete. 1899 erließ der Zar das sog. Februar-Manifest, in dem das finnische Parlament (Ständetag) nur noch eine Beratungsfunktion eingeräumt wurde. Auch sah es ein neues Wehrdienstgesetz vor, nach dem finnische Männer in Russland Wehrdienst absolvieren sollten.

Daraufhin wurden heimlich 500.000 Unterschriften in einer Petition gesammelt. Ohne Wissen des Generalgouverneurs sollten diese an den Zaren überreicht werden, damit er diesen Fehler zurücknehme. In Russland wurde das als ein Eklat betrachtet, weil die Untertanen nicht direkt den Zaren ansprechen sollten. Der Zar empfing das Komitee nicht.

Das entfachte den Widerstand erst recht. Die Partei der sog. Verfassungstreuen fing an, Widerstand zu planen, weil ihrer Meinung nach der Zar ein Verräter an der Verfassung war, die Alexander I. gegeben hatte. Gleichzeitig gründete Generalgouverneur Bobrikow eine Geheim- und Ordnungspolizei, die den Widerstand bekämpfen sollte. Die vielen Berichte (Akten) der Ordnungspolizei bilden die Grundlage für die Beschreibung der Widerstandsaktivitäten durch Hänninen.

In den Augen der Verfassungstreuen würden die Bürger*innen moralisch zerstört werden, wenn sie die Unterdrückung und die gegen die finnischen Gesetze erlassenen – „illegalen" - Vereinheitlichungsregelungen akzeptieren würden. Deshalb war es für sie wichtig, in Aktion zu treten. Sie verfassten Grundsätze und praktische Hinweise für den Widerstand: Erstens sollte man illegale Maßnahmen nicht unterstützen, zweitens sollte man solchen Regelungen nicht gehorchen und sie mit Kräften verhindern. Drittens sollte man die russische Gewaltherrschaft nicht als legal anerkennen. Die Partei war gewaltfrei, sie nannten es „passiv". Allerdings gab es später auch eine Partei des „aktiven" Widerstands, die mit Waffen die Russische Verwaltung zu bekämpfen plante.

Diese Grundsätze wurden von vielen finnischen Verwaltungsbeamten befolgt. Von überall im Lande gab es Berichte über ungehorsame, widerspenstige und aufsässige Beamte der Post, Zoll, Verwaltung, Banken und Eisenbahn. Befehle wurden missdeutet, missachtet oder das Gegenteil wurde ausgeführt. Z.B. wurden Briefe mit den – inzwischen ungültigen - finnischen Briefmarken befördert. Oder Zollbeamte ließen zweifelhafte Pakete ohne genaue Kontrolle durch; separatistische Druckwerke wurden nicht beschlagnahmt. Einige höhere Beamte kündigten, weil sie ihre Aufgabe nicht mit ihren Grundsätzen vereinbar sahen.

Viele Aktivitäten passierten in Zusammenhang von Aufrufen zum Militärdienst, es kam zu Demonstrationen und Aufständen. Beamte, auch die Polizei, verhinderten diese Demonstrationen nicht oder beförderten sie sogar. Bobrikow hatte sowieso Probleme mit der finnischen Polizei, die auf der Seite des Widerstands stand, und versuchte zumindest in der Hauptstadt loyale Kräfte zu rekrutieren. Die Gerichte urteilten meistens nach finnischen Gesetzen und gegen die russischen Machthaber, was zu Kündigungen der Richter führte. Am Ende wurden viele Menschen des Widerstands aus dem Land getrieben.

Die Kirche spielte eine Rolle bei der Durchsetzung der Wehrerfassung und ein Teil der Pfarrer boykottierte diese Aufgabe. Auch Ärzte oder Sekretäre kamen oft zu spät zu den Musterungen oder waren krank. Die Wehrpflichtigen erschienen zu den Terminen nicht zuverlässig. Es gab regelrechte Streiks der Wehrpflichtigen, in einigen Gegenden kamen nur 15% der Männer, an der schwedisch-sprachigen Küste sogar 0%.

Die Zusammenarbeit wurde drastisch verweigert. Viele Russ*innen konnten keine Bankgeschäfte tätigen, in Geschäften wurden sie nicht bedient und sie wurden auch anderweitig sozial ausgeschlossen. Teilweise wurden sie auch beschimpft, vor allem viele russische Hausierer, die vor allem auf dem Lande Waren verkauften, wurden boykottiert. Teilweise war dieser Boykott so drastisch, dass die russischen Beamten kündigten und das Land verließen. An schwersten hat es eine Frau eines russischen Gendarmen getroffen, als sie nicht in die Geburtsklinik aufgenommen wurde. Der Generalgouverneur musste ein Wohnhaus für russische Beamte und Polizei kaufen, weil niemand ihnen Wohnungen vermieten wollte. Auch Finn*innen, die mit Russ*innen zusammenarbeiteten oder ihnen nur freundlich begegneten, konnten Schwierigkeiten bekommen und wurden teilweise genauso boykottiert wie die Russ*innen.

Wichtig war auch die Volksbildung, mit der die Verfassungstreuen das Volk aufklären und für ihre Sache gewinnen wollten. Überall im Land entstanden neue Vereine, die Abendveranstaltungen mit Liedern, Reden, Theater und Gedichten organisierten. Es wurden auch Volksfeste veranstaltet, wo mit Losverkäufen Geld gesammelt wurde, um die Leute zu unterstützen, denen gekündigt geworden war, und andere Aktivitäten zu finanzieren. Lehrer*innen, Pfarrer, Gutsbesitzer, Bauern und Student*innen waren vor allem aktiv, um Menschen von der Wichtigkeit des nationalen Bewusstseins zu überzeugen, besonders die Student*innen reisten in die Dörfer, um die Volksbildung voranzutreiben.

Diese Bildungsaktivitäten waren Bobrikow besonders verdächtig, weil sie den Separatismus propagierten. Der Verkauf von Losen wurde ganz verboten und Vereinsaktivitäten wurden behindert. Veranstaltungen mussten angemeldet werden und wurden dann meistens verboten. Sie mussten als private Feiern deklariert werden und wurden oft aufgelöst. Vereine wurden verboten und Sanktionen verhängt.

Die Presse spielte in der politischen Diskussion und im Widerstand eine wichtige Rolle. Vaterländische Pamphlete, Flugblätter und Zeitungen wurden verteilt. Jedoch verboten die Zensurmaßnahmen politische und russischfeindliche Artikel. Die Verfasser*innen wurden verfolgt und viele Zeitungen verboten. Es entstanden Untergrundzeitungen, die in Schweden gedruckt und nach Finnland geschmuggelt wurden.

Frauen werden in den Akten kaum erwähnt, aber einige Lehrerinnen und die Frau eines Konsuls sowie eine Gräfin kommen vor, die verschiedene Veranstaltungen organisiert hatten. In anderer Literatur werden die Töchter, Schwestern und Mütter der Aktivisten besonders erwähnt. Sie schmuggelten Flugblätter, kopierten Texte und waren so wichtige Arbeiterinnen des Widerstands. Dabei gab es durchaus sehr aktive Frauenvereinigungen schon seit 1884, die das Frauenwahlrecht forderten und viele Veranstaltungen[v] überall im Lande organisierten.

Die Widerstandsbewegung hatte Probleme, eine Massenbewegung zu werden. Die Bedürfnisse der akademischen Welt in den Städten und der Landbevölkerung waren sehr unterschiedlich. Für die Gebildeten war die Frage der finnischen Selbstbestimmung eine Frage von Leben und Tod. Für die Landbevölkerung, die ohne eigenes Land unter großen Landbesitzern schuftete, war die Frage des eigenen Überlebens eine viel wichtigere.

Zum Teil wurde die Perspektive der Verfassungstreuen übernommen, aber z.T. wurde die Bevölkerung auch mit Druckmitteln dazu gebracht. Kündigungen, Bußgelder oder Nachsitzen der Kinder waren in manchen Gegenden übliche Instrumente gegen das „ungebildete“ Volk, die Lehrer*innen, Guts- und Fabrikbesitzer nutzten, um die Menschen zum Widerstand zu zwingen.

Diese haben aber erstaunt wahrgenommen, dass sie, das gemeine Volk, überhaupt zu einem gemeinsamen Projekt eingeladen wurde. Es wurde gefragt, welche Not die Herren hatten, wenn sie die Hilfe der Armen brauchten. Diese Situation öffnete neue Aktionsmöglichkeiten für Menschen, die keine Macht kannten und sich so zusammenschließen konnten. Gleichzeitig baute sich gerade die neue Arbeiterbewegung auf, die sowohl das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das Selbstbestimmungsrecht für Finnland, Abschaffung der Wehrerfassung sowie zahlreiche soziale Forderungen für die städtische und ländliche Bevölkerung auf ihrem Programm hatte. Gerade für aktive Frauenrechtlerinnen boten sich hier viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der neuen sozialdemokratischen Partei und den Verfassungstreuen.. Sie waren gemeinsam aktiv in dem oben beschriebenen „passiven Widerstand“. Einen gemeinsamen starken Mobilisierungseffekt bildete die Antialkoholbewegung, in der sich fast alle politisch aktiven Frauen einig waren. Der Alkoholismus der Männer wurde als die größte Gefahr für die Zukunft des Landes und für die

Gesundheit der Familien gesehen.

Die Zeit des passiven Widerstands war vorbei, als Generalgouverneur Bobrikow 1904 ermordet wurde. Täter war der sich zu aktivistischem Widerstand mit Waffen bekennende Eugen Schauman, der auch sich selbst erschoss. Das erzeugte sowohl in der finnischen Öffentlichkeit als auch in Russland und im Ausland große Aufmerksamkeit. In Finnland wurde die Tat sehr unterschiedlich beurteilt, die Partei der „Besänftiger" verurteilte den Mord scharf, während große Teile der Verfassungstreuen die Tat feierten. Insgesamt gab es Pläne der sog. aktiven Widerstandsbewegung, auch gewaltsam gegen Russland vorzugehen, aber abgesehen von der Ermordung von Bobrikow blieben solche Aktionen sehr schwach.

Von http://en.wikipedia.org/wiki/Image:Nikolai_Bobrikov.jpg, Gemeinfrei, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1651153

Der Generalstreik

Als Russland 1905 den Krieg gegen Japan vernichtend verlor, kam es überall in Russland zu zahlreichen Demonstrationen, die z.T. blutig niedergeschlagen wurden. Die Niederlage war schwer. Japan hatte sich mit Großbritannien verbündet. Russland verlor seine gesamte Ostseeflotte und war danach sehr geschwächt. Es kam überall zu zahlreichen Streiks, z.B. war St. Petersburg ohne Strom und Zeitungen. Ein orthodoxer Pfarrer dort führte eine friedliche Demonstration, um eine Petition dem Zaren zu überreichen. Die Menschen sangen Hymnen, aber die Sicherheitskräfte eröffneten das Feuer. Dieser Tag mit hunderten von Toten wurde später als „Blutsonntag" bekannt. Das Ereignis löste weitere Streiks und Aufstände aus. Auch in Warschau und Riga gab es Todesopfer bei Demonstrationen. Der Zar musste handeln und führte ein Parlament mit beschränkten Rechten in Russland ein. Sein Manifest gewährte zudem bürgerliche Grundrechte wie Meinungs-, Versammlungs-und Vereinigungsfreiheit. Es war damit ein Vorläufer der ersten russischen Verfassung von 1906.

Die Aufstände in Russland führten auch in Finnland 1905 zum Generalstreik. Die ungerechte soziale Ordnung und die Fremdherrschaft hatten eine Unzufriedenheit erzeugt, die sich in einem offenen Aufstand entlud. Alle zivilgesellschaftlichen Organisationen erlebten eine schwindelerregende Aktivierung, allen voran die Arbeiterbewegung, nicht nur unter den Fabrikarbeiter*innen, sondern auch auf dem Lande unter der Bauernschaft, den Pächtern und Tagelöhnern. Es verbanden sich die Frage des Wahlrechts mit der Frage der nationalen Unabhängigkeit und der Ablehnung des alten, als ungerecht angesehenen Ständesystems, das auch viele Männer von der Teilnahme an Wahlen ausschloss. Im ganzen Land fanden große Demonstrationen statt. Als am 29. Oktober 1905 der Generalstreik begann, sah sich der in der Hauptstadt Helsinki sitzende russische Machtapparat in die Enge getrieben. Es drohte eine Revolution und vollständiger Machtverlust. Diese Situation alarmierte auch den Zaren, der es für klüger hielt dieses wichtige Grenzland zu befrieden. Er gab in Finnland ein kaiserliches Manifest zur „Wiederherstellung der Ordnung" und „einen barmherzigen Befehl und Brief" zur Einberufung einer außerordentlichen Reichstagssitzung aus. Das Manifest sah die Einführung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts vor. Weniger hätte in dieser brenzligen Situation nicht gereicht. Die alte Ständekammer, der „vierbeinige Gaul", so von den Demonstrant*innen genannt, kam im Dezember 1905 zusammen – angetrieben von der für weitergehende Reformen demonstrierenden Bevölkerung.[vi] Die Männer in den Parteiapparaten sahen die mächtige Kraft der Mobilisierung sowohl in der Abstinenzfrage als auch beim Frauenwahlrecht. Sie wollten diese Mitglieder und Wahlstimmen mitnehmen und unterstützten die Forderungen, auch wenn es hier und da Widerstände gab. Vergleichsweise schnell wurde das Gesetz verabschiedet und vom Zar im Juli 1906 bestätigt. Die Wahlen, in dem alle Bürger und Bürgerinnen von Finnland eine Stimme

hatten, fanden im Frühjahr 1907 statt, 19 Frauen wurden gewählt.[vii] Das war damals die modernste Wahlrechtsreform und das erste Frauenwahlrecht in Europa.

Als Russland sich konsolidiert hatte, wurden die alten Russifierungsmaßnahmen wieder aufgenommen. In Finnland wird die Zeit 1908-1917 die zweite Unterdrückungszeit genannt. Die Arbeit des Parlaments wurde behindert, der Zar hatte ja immer noch ein Vetorecht. Immer mehr russische Beamte wurden eingesetzt und russische Sprache drohte zur Amtssprache zu werden. Einen bemerkenswerten Redebeitrag in der russischen Duma hielt der Ministerpräsident Stolypin 1910:

„Unabhängig von der finnischen Rechtsauffassung gibt es eine russische Rechtsauffassung. Das ganze Russland antwortet an die europäische Meinungsäußerung: Russland wird durch die neue europäische Ordnung nicht zerfallen, sondern wird stärker und selbstbewusster. Verhindern Sie, Verehrte Herren, den Geist – die Missachtung unseres Vaterlandes. Die Missachtung zeigt sich in dem passiven Widerstand, womit die Finnen drohen, es droht von ungebetenen Beratern und die Missachtung zeigt sich leider auch in unserer eigenen Gesellschaft, die nicht an das Recht und die Macht des russischen Volkes glaubt. Streifen Sie ab, Verehrte Herren, diesen schlechten Traum und zeigen Sie, dass Russland das allerhöchste Recht, das auf die nationale Macht aufbaut, hat." Ein rechter Abgeordneter rufte:" Finis Finlandiae".[viii]

Unabhängigkeit und Bürgerkrieg

Die große Russifizierungskampagne konnte nicht zu Ende geführt werden, die russische Revolution kam dazwischen. Lenin war von Revolutionsunruhen und Kriegen umringt und wollte Ruhe am westlichen Rand des Landes schaffen. Er entließ Finnland im Dezember 1917 in die Unabhängigkeit. Inzwischen hatten die gesellschaftlichen Widersprüche im Laufe der Jahre in Finnland zugenommen, die nationale Einheit war Vergangenheit. Die Revolution in Russland ermutigte auch die Sozialdemokrat*innen dazu, eine sozialistische Republik in Finnland zu gründen. Dagegen standen natürlich die bürgerlichen Parteien auf, unterstützt von Deutschland, das in den Jahren vor der Unabhängigkeit finnische Aktivisten in einem Jägerbataillon ausgebildet hatte. Es kam 1918 zu einem blutigen Bürgerkrieg, der in der Gesellschaft auf lange Jahre einen tiefen Riss hinterließ. Vor allem die Rache der siegreichen „Weißen", der Bürgerlichen, gegenüber den „Roten" war grausam, über 10.000 Menschen starben in den Gefangenenlagern oder wurden hingerichtet.

Dennoch hat der passive Widerstand seinen Teil dazu beigetragen, Finnlands Selbstbestimmungsrecht in den Jahren vor der Unabhängigkeit aufzubauen und zu erhalten. Vielleicht auch wegen des Bürgerkriegs und der daraus folgenden gesellschaftlichen Spaltung für viele Jahre ist die gewaltfreie Widerstandsbewegung in Vergessenheit geraten.

Die Beziehung zu Russland und der Sowjetunion war und ist bis heute eine schwierige Nachbarschaft. 1939 griff die Sowjetunion Helsinki an und der zweite Weltkrieg endete erst im September 1944 mit einem Separatfrieden mit der Sowjetunion, der harte Auflagen hatte. Finnland verlor große Gebiete und musste hohe Reparationszahlungen leisten. Auf der anderen Seite sind die wirtschaftlichen Beziehungen meistens gut gewesen. Wie auch in der Zarenzeit hat Finnland nach dem Krieg von dem Handel mit der Sowjetunion und später mit Russland stark profitiert.

Eine der ersten Abgeordneten Ida Aalle-Teljo[ix]

Foto: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ida_Aalle-Teljo_2.jpg

Als die Sozialdemokratische Partei 1900 die Leitung der neu gegründeten Frauenunion in die Hände einer jungen ledigen 25-jährigen Ida Aalle-Teljo gelegt wurde, hatte sie eine gute Wahl getroffen. Ida hatte eine lange arbeitsreiche Jugend hinter sich. Schon mit neun Jahren wurde sie zu Verwandten nach Helsinki geschickt, um im Haushalt zu helfen. Dort lernte sie das Bäckerhandwerk und mit 18 Jahren gründete sie mit ihren Schwestern eine eigene Bäckerei.

Ida trat der Arbeiterbewegung bei, als die Partei neue Mitglieder vor allem bei jungen Frauen suchte. Schon früh fiel sie als eine gute Rednerin bei Veranstaltungen gegen Alkoholismus oder für die Wahlrechtsreform auf. Sie war eine selbstbewusste Ladenbesitzerin mit gutem Einkommen und mit eigenem Haushalt. Über sie wurde gesagt: *„Ida sagte, wie die Sache ist und alle haben verstanden."* Sie war auch beliebt als Kameradin bei den Parteigenoss*innen. Später schickte die Partei sie nach Kotka, eine Stadt im Nordosten, dort sollte sie zusammen mit den Verfassungstreuen den passiven Widerstand organisieren. Sie gründete ein Wirtshaus, wo sich die Aktivist*innen trafen und die Streiks gegen Wehrerfassung und Musterungen organisierten. Das passte der russischen Polizei nicht und sie machte eine Hausdurchsuchung, fand aber die Papiere nicht, die in einer Milchkanne versteckt waren. Ida flüchtete nach Süden und öffnete ein neues Wirtshaus in Helsinki. Aber auch da bekam sie Schwierigkeiten, wurde sogar von einer rechten russischen Bande verprügelt. Wieder musste sie flüchten, diesmal nach Schweden.

Als der Generalstreik anfing, kam sie zurück und wurde gleich in das Streikkomitee gewählt. Im Komitee wurde klar, welche Bedeutung der Streik für die Arbeiterbewegung hatte, die mehr oder weniger den Streik leitete. Dadurch wurde die Partei ohne eine blutige Revolution zu einer der Machtfaktoren in der Gesellschaft. Der Streik hatte klare Ziele; die Russifizierung zurückdrängen, die sog. legalen Verhältnisse wieder herstellen und eine Parlamentsreform mit allgemeinem Wahlrecht durchsetzen. Der Generalstreik machte auch das Frauenwahlrecht möglich. Ida war zufrieden: *„der Generalstreik wurde fast vollkommen befolgt und vereinigte das Volk."*

Ida Aalle-Teljo wurde in das neue Parlament gewählt und blieb dort bis 1917 als eine der führenden Politikerinnen. Sie beteiligte sich im Bürgerkrieg als Rednerin an der Front. Das wurde ihr vorgeworfen als sie nach der Niederlage der Roten angeklagt wurde. Sie bekam 12 Jahre Zuchthaus für Hochverrat, wurde allerdings nach drei Jahren begnadigt. Sie arbeitete danach weiter in Frauenvereinigungen und gründete ein Altenheim. Ins Parlament wurde sie nie wieder gewählt, als verurteilter „Landesverräterin" war ihr dieser Weg verbaut:

Anmerkungen

i Reetta Hänninen (2013) Kansanvalistusta ja karamellipapereita (*Volksbildung und Karamellpapier).* Pro gradu Studie, Universität Helsinki

ii Es gibt sehr wenig Literatur über diese Widerstandsform. Es werden zwar immer die verschiedenen politischen Parteien der Zeit genannt: die sog. „Besänftiger", die Altfinnische Partei und die „Verfassungstreuen", die Jungfinnische Partei mit sog. „passivem" und später auch mit „aktivem" Widerstand. Aber die genauen politischen Überzeugungen und Aktionen des „passiven" Widerstands sind nicht genauer untersucht.

Der Begriff „ passiver" Widerstand wird heutzutage in der Forschung über zivilen Widerstand/soziale Verteidigung wegen der negativen Konnotation von „passiv" kritisch gesehen. Tatsächlich handelt es sich ja auch um ein höchst aktives tun. Er wird trotzdem hier verwendet, weil die Akteur*innen in Finnland ihren Widerstand so bezeichneten.

iii Die meisten Berufe waren damals ausschließlich Männern vorbehalten. In diesen Fällen wurde auf ein Gendern der Bezeichnungen verzichtet, weil es ein falsches Bild der Geschlechterverhältnisse in jener Zeit geben würde.

iv Es gibt sehr wenig Literatur über diese Widerstandsform. Es werden zwar immer die verschiedenen politischen Parteien der Zeit genannt: die sog. „Besänftiger", die Altfinnische Partei und die „Verfassungstreuen", die Jungfinnische Partei mit passivem und später auch mit aktivem Widerstand. Aber die genauen politischen Überzeugungen und Aktionen des passiven Widerstands sind nicht genauer untersucht.

v Oft ging es dabei um Alkoholismus, der als großes Problem gesehen wurde.

viYksi kamari – kaksi sukupuolta. Suomen eduskunnan ensimmäiset naiset. (Eine Kammer – zwei Geschlechter. Die ersten Frauen des finnischen Parlaments). Eduskunnan kirjasto, Helsinki 1997

viihttps://www.eduskunta.fi/FI/naineduskuntatoimii/kirjasto/aineistot/yhteiskunta/historia/naisten-aanioikeus-110-vuotta/Sivut/historiallinen-tausta.aspx, 9.3.2022

viiihttps://fi.wikipedia.org/wiki/Toinen_sortokausi, 9.3.2022

ix Maria Lähteenmäki: Yrittäjä ja työväenjohtaja Ida Aalle-Teljo (Unternehmerin und Arbeiterführerin), in: Yksi kamari – kaksi sukupuolta, S. 63-78